

Auszubildende steuerlich entlasten – Initiative im Bundesrat unterstützen

1 **Der Bundesrat berät am morgigen Freitag einen Antrag des Freistaates Bayern zur**
2 **steuerlichen Förderung der betrieblichen Ausbildung (Drucksache: 277/18). „Wir halten**
3 **diese Initiative für sehr sinnvoll und wünschen uns, dass die baden-württembergische**
4 **Landesregierung diese unterstützt“, so Landeshandwerkspräsident Rainer Reichhold.**

5 „Die Initiative macht vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels absolut Sinn. Für die
6 kommenden Beratungen wollen wir allerdings noch einen Schritt weitergehen. Die
7 steuerlichen Vorteile für Auszubildende sollten aus unserer Sicht für alle Branchen gelten.
8 Denn es gibt kaum eine Sparte, die sich nicht mit Herausforderungen in der
9 Nachwuchsgewinnung konfrontiert sieht“, so Reichhold.

10 Der Antrag im Bundesrat zielt bisher darauf ab, Ausbildungen - insbesondere im Bereich der
11 Systemgastronomie, der Hotellerie und des Gerüstbaus - rechtlich attraktiver zu gestalten.
12 Denn bereits heute gelingt es vielen Betrieben nicht mehr, geeignete Bewerber zu finden und
13 Ausbildungsplätze zu besetzen. Die Bundesregierung soll aufgefordert werden,
14 Auszubildende von der Versteuerung und Sozialversicherungspflicht einer freien Unterkunft –
15 die z.B. der Arbeitgeber stellt – als Sachbezug zu befreien.

16 „Häufig scheidet die Besetzung einer Ausbildungsstelle an der zu großen Entfernung zum
17 Wohnort der jungen Menschen. Wenn die steuerlichen Rahmenbedingungen gerade in Bezug
18 auf eine Unterkunft nun verbessert würden, könnte das die Bereitschaft potenzieller
19 Auszubildender für einen Umzug steigern. Wenn auch noch unsere Anregung, die Regelung
20 auf alle Branchen auszuweiten, aufgegriffen würde, so würden Ausbildungen in den
21 unterschiedlichsten Berufen attraktiver“, so Reichhold.

Pressemitteilung
05.07.2018